

HANDREICHUNG ZUM AUSGANG DES ZUKUNFTSENTSCHEIDS



Am Sonntag haben **303.936** Hamburger:innen dafür gesorgt, dass unsere schöne Stadt ein ambitioniertes, sozialverträgliches Klimaschutzgesetz bekommt! Wir sind der festen Überzeugung, dass dieses Ergebnis ein gutes Ergebnis ist. Hamburg hat in vielen Bereichen eine Vorreiterstellung – nun auch im Bereich des Klimaschutzes. Darauf sollten und können wir stolz sein!

Gleichzeitig ist das Ergebnis ein Gestaltungsauftrag an uns Sozialdemokrat:innen, die von den Hamburger:innen mit einer Koalitionsmehrheit in der Bürgerschaft ausgestattet wurden. Die SPD ist die Hamburg-Partei. Sie regiert Hamburg seit 2011 und kann auf breites Vertrauen aus der Bevölkerung zählen. Wer, wenn nicht wir, die SPD, kann einen modernen Klimaschutz mit einer echten Sozialverträglichkeit vereinen? Wer sonst hat sowohl die integrative Kraft als auch das handwerkliche Können dazu? Auf dieses Alleinstellungsmerkmal sollten wir stolz sein. Die Hamburger:innen glauben, dass die rot-grüne Koalition unsere Stadt bis 2040 sozialverträglich klimaneutral machen kann. Lasst uns diese Herausforderung annehmen und den Menschen in unserer Stadt gemeinsam beweisen, dass sie richtig liegen.

Bereits vor dem Volksentscheid haben wir – als Stimme junger Menschen in der Partei – versucht, diesen Weg aufzuzeigen. Mit dem überzeugenden Votum der Hamburger:innen herrscht jetzt Klarheit! Allerdings werden wir auch in den kommenden Tagen immer wieder mit Genoss:innen darüber sprechen, was das Ergebnis zu bedeuten hat. Dort könnten Töne angestoßen werden, wie sie auch

schon vor der Abstimmung mitunter zu hören waren. Für diesen Fall wollen wir Euch mit dieser Handreichung vorbereiten!

Im ersten Teil (I.) könnt Ihr Euch für die Debatte um das Ergebnis des Volksentscheids vorbereiten. Wir sind hier auf die elf Thesen eingegangen, die uns besonders häufig entgegengebracht wurden. Im zweiten Teil (II.) arbeiten wir kompakt auf, warum der „Zukunftsentscheid“ eine gute Sache ist/war. Im dritten Teil (III.) wollen wir darauf eingehen, wie die SPD das Ergebnis der Volksbefragung in unseren Augen verstehen sollte.

I. DIE 14 HÄUFIGSTEN THESEN & UNSERE ANTWORTEN

1. „Die reichen Stadtteile haben mit JA gestimmt, die armen Stadtteile haben mit NEIN gestimmt. Klimaschutz muss man sich eben leisten können!“

Die Behauptung, dass vor allem in Stadtteilen mit besseren Einkommen für ambitionierten Klimaschutz gestimmt wurde, ist schlicht falsch. Ein breites NEIN kam aus den allermeisten reichen Gebieten unserer Stadt – darunter Stadtteile wie Blanke- nese, Nienstedten, Wohldorf-Ohlstedt oder das Bergedorfer Villenviertel. Und auch die Bewohner:innen des Szenestadtteils Eppendorfs stehen nicht im Verdacht, unterdurchschnittlich zu verdienen. Trotzdem stimmten siemehrheitlich mit NEIN. Gleichzeitig gibt

es viele klassische „Arbeiter:innenstadtteile“ wie Dulsberg, Horn oder die Veddel, in denen eine deutliche Mehrheit derjenigen, die zur Abstimmung gegangen sind, mit JA votiert hat.

Das Bild ist in diesem Kontext nicht eindeutig, weil es natürlich auch innerhalb eines Stadtteils ein Wohlstandsgefälle geben kann, aber man kann nicht einfach sagen: „Die Reichen haben den weniger privilegierten Menschen den Klimaschutz aufgezwungen.“ – Was man sagen muss: Die Wahlbeteiligung war – wie bei allen Wahlen – in den ärmeren Stadtteilen Hamburgs schlecht. Das ist ein strukturelles Problem und trägt maßgeblich dazu bei, dass wohlhabendere Menschen die Politik stärker formen können.

2. „Nur 303.936 Hamburger:innen haben für JA gestimmt. Eine Minderheit hat der schweigenden Mehrheit das Gesetz aufgedrückt!“

Tatsächlich hat nicht die Mehrheit der Wahlberechtigten für dieses Gesetz gestimmt. Allerdings hat unsere Hamburgische Bürgerschaft bei der Konzeption des Volksentscheids bewusst auf diese extrem hohe Hürde verzichtet. Trotzdem sind die Hürden für einen Volksentscheid sehr hoch, die meisten Initiativen scheitern bereits zu Beginn am ersten Unterschriftenquorum. Wer sich diesbezüglich vergewissern möchte, kann sich durch die vielen Absätze des Art. 50 der Hamburger Landesverfassung „ackern“.

Beim Zukunftsentscheid haben 571.431 Hamburger:innen abgestimmt. Nur bei einem Hamburger Volksentscheid (Rückkauf der Energienetze, 2013) haben noch mehr Bürger:innen ihre Stimme abgegeben. Im Übrigen wird die Beteiligung einer Mehrheit der Wahlberechtigten auch anderswo nicht gefordert. Beispiel gefällig? Bei den Hambur-

ger Bezirkswahlen 2014 betrug die Wahlbeteiligung nur 40,9 %. *A fortiori* kommt es nicht auf die Zustimmung einer Mehrheit der Wahlberechtigten an. Bei der Bundestagswahl im Februar 2025 entfielen auf die Union (14,2 Mio.) und die SPD (8,1 Mio.) zusammen nur circa 37 % der Stimmen von allen wahlberechtigten Personen (60,5 Mio.). Trotzdem haben sie zusammen die Mehrheit im Bundestag und stellen die Bundesregierung. Ergo: Es kommt bei Wahlen und Abstimmungen auf die Anzahl der abgegebenen Stimmen an.

PS: Wer in die juristischen Untiefen plebisziärer Beteiligungsformate einsteigen möchte, den verweisen wir in diesem Kontext noch auf eine lesenswerte juristische Doktorarbeit. Sie trägt den Titel „Bürgerbegehren und Bürgerentscheid in den Hamburger Bezirken“ – der Verfasser könnte Euch bekannt vorkommen. ;)

3. „Der Volksentscheid ist undemokratisch!“

Das neue Hamburger Klimaschutzgesetz ist auf „untypische“ Art und Weise beschlossen worden, denn eine parlamentarische Mehrheit gibt es für dieses Gesetz nicht. Trotzdem handelt es sich bei dem positiven Votum zum Hamburger Klimaschutzgesetz um ein demokratisches Ergebnis. Der Volksentscheid ist als Instrument sogar durch die Hamburgische Bürgerschaft in der Hamburger Landesverfassung verankert worden (Art. 50). Sie soll den Bürger:innen – in engen verfassungsrechtlichen Grenzen (z.B. darf das parlamentarische Budgetrecht nicht direkt ausgehebelt werden) – die Möglichkeit geben, Gesetze zu beeinflussen.

4. „Die Menschen in der Innenstadt haben mit JA gestimmt, die Bevölkerung in den Randgebieten hat hingegen mit NEIN gestimmt.“

Auf den ersten Blick scheint es so, als ob die Stadt bei diesem Abstimmungsergebnis gespalten wäre: Die Außengebiete waren mehrheitlich gegen ambitionierteren Klimaschutz, während die Innengebiete mehrheitlich für den Volksentscheid stimmten. Das Bild ist allerdings wesentlich komplexer.

Was stimmt: Tendenziell hat ein geringerer Teil der Einwohnenden in den äußeren Stadtteilen für den Zukunftsentscheid gestimmt. Die Gründe sind vielschichtig und werden sicherlich in den nächsten Wochen von den Medien umfangreich analysiert. Neben einer schwächeren Kampagnenorganisation und weniger Haustürwahlkampf dürfte z.B. auch dazu beigetragen haben, dass mehr Menschen das Auto nutzen – auf das einige sicherlich auch tatsächlich angewiesen sind. Häufig haben diese Gebiete ein unattraktives und für viele Lebenslagen zu unflexibles Nahverkehrsangebot. Das muss verbessert werden.

Doch auch das Alter dürfte eine große Rolle spielen: In den Innenbereichen unserer Stadt wohnen verhältnismäßig mehr junge Menschen, welche auch wahlberechtigt sind. Wer noch 60 Jahre auf dieser Erde lebt, ist bedeutend schwerer von den Auswirkungen des Klimawandels betroffen.

Wir bemühen uns, Euch in den nächsten Tagen eine detailliertere Analyse des Ergebnisses vorzulegen und z.B. auch Korrelationen mit Wahlergebnissen bei den letzten Bürgerschafts- und Bundestagswahlen aufzuzeigen.

5. „Das Votum ist eine Katastrophe für die Hamburger Wirtschaft!“

Das neue Klimaschutzgesetz wird zu Milliardeninvestitionen führen. In der Wirtschaftswissenschaft ist anerkannt, dass Investitionen des Staates die Wirtschaft ankurbeln. Warum diese Erkenntnis ausgerechnet dann nicht gelten soll, wenn die Ausgaben für den Schutz unserer Lebensgrundlagen getätigt werden, bleibt offen – und damit eine Behauptung. Der Bund hat es vorgemacht: Die Milliarden für die Bundeswehr führen zu Hochkonjunktur in der deutschen Rüstungsindustrie. Nicht nur stellen die Großunternehmen jeden Monat hunderte von neuen Mitarbeitenden ein, auch die Anzahl neuer und technologiegetriebener Startups wächst rasant. Während sich Berlin um die äußere Sicherheit kümmert, geht Hamburg in Sachen Klimaschutz voran und sichert so das Lebenswerte Hamburg, wie wir es lieben.

Die Natur lässt nicht mit sich verhandeln – sie setzt harte Fristen und strikte Budgets. Es stellt sich folglich nicht die Frage „ob“, sondern nur „wann“ die erforderliche Transformation unserer Wirtschaft stattfindet. Doch mit dem ambitionierten, verbindlichen Klimaschutzplan der Stadt bekommen auch private Investor:innen nun Planungssicherheit. Die Stadt gibt die politische Richtung klar und verbindlich vor, Private werden sich anschließen. So wird die unumgängliche Finanzierungslast dieser gesamtgesellschaftlichen Herausforderung auf mehrere Schultern verteilt.

Für uns Sozialdemokrat:innen besonders wichtig: Es wird nicht einfach „die Wirtschaft“ gestärkt, sondern vor allem die arbeitenden Hamburger:innen. Wenn die Stadt Aufträge vergibt, müssen die beauftragten Unternehmen Tariflohn zahlen. Die Tarifbindung sollte immer zur Auflage bei der Subventions- oder Kreditvergabe gemacht werden. Starke

Löhne fließen wiederum zu einem großen Teil zurück in die Hamburgische Wirtschaft. Ein Impuls, der gut für uns alle ist.

6. „Auf Mieter:innen kommen extrem hohe Kosten zu.“

Die wortwörtlich größte Baustelle im Bereich Umweltschutz ist in Hamburg der Gebäudesektor: Der Klimaschutz erfordert in diesem Bereich hohe Investitionen. Das wollen wir nicht bestreiten. Die Mieten werden – etwa durch Sanierungsmaßnahmen von Gebäuden – in den kommenden Jahren steigen. Dabei ist jedoch zu beachten, dass mit einer Sanierung auch Einsparungen bei den Energiekosten und beim europäischen Zertifikatehandel einhergehen. Wer diese Kosten trägt, ist eine Frage der Ausgestaltung durch den Landesgesetzgeber. Erneut sei an dieser Stelle allerdings darauf hingewiesen, dass wir hier nur um die Mehrkosten der vorgezogenen Klimaneutralität sprechen.

Weil guter Klimaschutz immer auch auf die soziale Komponente achtet, ist im neuen Klimaschutzgesetz festgeschrieben, dass alle Reduktionsmaßnahmen sozialverträglich sein müssen. Konkret: Nach unserer Lesart bedeutet „sozialverträglich“, dass überhöhte Nebenkosten für Mieter:innen aufgrund notwendiger energetischer Sanierungsmaßnahmen abzumildern sind.

Ein besonderes politisches Augenmerk muss dabei auf Wohnungsgenossenschaften liegen. Sie stabilisieren in Hamburg den Wohnungsmarkt und bieten bezahlbaren Wohnraum, weil sie nicht gewinnorientiert wirtschaften. Sie orientieren sich allein am Wohl ihrer Mitglieder, den Mieter:innen. Wenn die Genossenschaften also investieren (müssen), bezahlen das im Wesentlichen die Mieter:innen. Gleichzeitig sind die Mieten von Genossenschaftswohnungen mit die preiswertesten am Markt.

In den letzten Monaten haben insbesondere Parteien (CDU, FDP und AfD) vor angeblich stark steigenden Kosten gewarnt. Diese Parteien sind zuvor nicht dadurch aufgefallen, dass sie sich übermäßig enthusiastisch für die Interessen von Mieter:innen einsetzen. Ein guter Indikator, dass diese Warnungen unbegründet sind: Der Mieterverein zu Hamburg – mit 78.000 Mitgliedern die größte Mietervertretung der Stadt – unterstützte den Zukunftsentscheid von Anfang an.

7. „Älteren Menschen werden jetzt die Heizung rausgerissen!“

Nein, das war bereits letztes Jahr beim sog. „Heizungsgesetz“ (Gebäudeenergiegesetz) falsch. Im übrigen gibt es Ausnahmeregelungen, Förderungsmöglichkeiten, KfW-Kredite mit Tillungszuschuss etc., um etwaigen Härtefällen zu begegnen.

Das Klimaschutzgesetz setzt – anders als zuvor – die Sozialverträglichkeit als zwingendes Kriterium für alle Klimaschutzmaßnahmen explizit voraus. Sollte dieser Punkt von Genoss:innen geäußert werden: Dreh den Spieß um! Es ist jetzt Aufgabe der Politik, Umweltschutz sozialverträglich auszugestalten.

8. „Der alte Klimaschutzplan war bereits ambitioniert!“

Das ist grundsätzlich richtig. Aufschlussreich ist in diesem Kontext ein Gutachten der Umweltbehörde, wonach das bisherige Klimaschutzziel der Stadt Hamburg „vor dem Hintergrund der Abhängigkeit der Klimaschutzerfolge in Hamburg von nationalen und europäischen Rahmensetzungen“ als ambitioniert einzustufen ist. Allerdings bleibt offen, ob diese Rahmensetzungen selbst

ebenso ambitioniert sind – das ist eine ganz andere Frage.

Trotzdem: Niemand bestreitet, dass die Stadt Hamburg eines der besseren Klimaschutzgesetze der europäischen Metropolen hatte. Kritik von den Fachverbänden gab es allerdings schon im damaligen Gesetzgebungsverfahren. So wurde der fehlende „Klimacheck“ bei relevanten Entscheidungen, der späte Zwischenbericht sowie die fehlende Möglichkeit des Einklagens der Klimaziele bemängelt. Wichtige Punkte werden nun mit dem Zukunftsentscheid verbessert, insbesondere wird Verbindlichkeit hergestellt! Es ist daher kein Zufall, dass aus dem vom Senat berufenen Klimabeirat zahlreiche Mitglieder (inklusive der Vorsitzenden), den Zukunftsentscheid unterstützt haben.

Am wichtigsten: Ob das Klimaschutzgesetz ausreichend ambitioniert war, ist eine Frage, die stets nur im Zusammenhang mit einem Blick auf die Folgen des Klimawandels und dem Hamburger Beitrag zu dessen Aufhalten beantwortet werden darf. Die bisherigen Anstrengungen, die weltweit ergriffen werden, um dem Klimawandel zu begegnen, reichen schlicht nicht aus und bleiben weit hinter den Möglichkeiten zurück. Um das Überschreiten der bekannten Kipppunkte zu verhindern, ist es nötig, so schnell wie möglich klimaneutral zu werden. Das gilt für alle. Aus dieser Verantwortung dürfen wir uns nicht ziehen.

9. „Die Jusos haben der Partei durch ihre Positionierung geschadet!“

Wir fassen als politischer Jugendverband eigenständige Beschlüsse. Wir haben uns auf der Landesdelegiertenkonferenz am 7. Dezember 2024 einstimmig dazu entschieden, uns den Forderungen des Zukunftsentscheids anzuschließen. Zuvor hatte der AK Klimaschutz der Jusos Hamburg den Umwelt-

politischen Sprecher der Bürgerschaftsfraktion eingeladen. Als die SPD Hamburg sich später offen gegen den Zukunftsentscheid positioniert hat, hat niemand mit dem eigenen Jugendverband das Gespräch gesucht. Offenbar herrschte die Annahme vor, dass wir unsere gefassten Positionen über Bord werfen, wenn „Positionspapiere“ des Parteivorstands verschickt werden. Gerne hätten wir auf dem Landesparteitag über unsere Meinungsdivergenzen diskutieren können. Eine nach ausführlicher Diskussion gemeinsam gefasste Positionierung hätte der innerparteilichen Auseinandersetzung gut getan.

10. „Durch das neue Klimaschutzgesetz wird keine einzige Tonne CO2 gespart!“

Um dieser Aussage zu begegnen, müssen wir (stark vereinfacht) auf den Europäischen Zertifikatehandel eingehen: Der Preis für CO₂-Zertifikate wird ab 2027 weiter ansteigen und u.a. auf die Sektoren Verkehr und Wohnen ausgeweitet. Der (gewünschte) Effekt: Nicht-klimaneutrales Wirtschaften wird sich überall in der EU verteuern. Das liegt insbesondere daran, dass die vorhandenen Zertifikate verknappt werden. Wenn in Hamburg durch ambitionierten Klimaschutz Zertifikate eingespart werden, können diese „freigewordenen“ Zertifikate rausgestrichen werden oder an andere Emittent:innen verkauft werden. Für uns spricht das Votum der Hamburger:innen zum Zukunftsentscheid eine klare politische Sprache: Ein „Mehr“ an Klimaschutz ist gewollt – entsprechend kontraproduktiv wäre es, wenn wir unsere Zertifikate veräußern und die in Hamburg eingesparten Emissionen anderen zur Verfügung stellen. Diese Debatte werden wir aber natürlich (inner- wie außerhalb der Partei) führen.

Es gibt jedoch auch ganz grundsätzliche Kritik am Europäischen Zertifikatehandel. Wer sich näher mit den (erheblichen) Schwächen

und Ineffizienzen dieses Systems beschäftigen möchte, dem empfehlen wir die Texte von Prof. Dr. Niklas Höhne zu dem Thema. Ergo: Es ist sinnvoll, dass Hamburg sich mit dem neuen Klimaschutzgesetz nicht alleine auf den Zertifikatehandel verlässt!

Wir wollen hier nicht verschweigen, dass wir uns natürlich eine Signalwirkung des Zukunftsentscheids über die Grenzen dieser Stadt erhoffen. Hamburg hat gezeigt, dass ambitionierter Klimaschutz mehrheitsfähig ist, andere Städte können jetzt nachziehen und das im ersten Absatz beschriebene „Dilemma“ auflösen.

Ein letzter Punkt: Wir hören in diesem Kontext immer wieder Sätze, die auf ein „Wenn wir es nicht machen, machen es die anderen.“ hinauslaufen. Von dieser Logik halten wir nichts. Aus guten Gründen wenden wir diese Logik auch in anderen Politikfeldern (Verbote von Waffenexporten in bestimmte Länder, Verbot von Kinderarbeit etc.) nicht an.

11. „Aber China...“?

Die 1,8 Millionen Menschen in Hamburg verursachen rund 12 Megatonnen CO₂-Emissionen pro Jahr. Im Vergleich zu einem Land wie China, dem größten der Welt mit über 1,4 Milliarden Einwohner:innen, scheint das verschwindend gering. Doch das ändert nichts daran, dass auch Hamburgs 12 Megatonnen zu viel sind.

Interessanterweise sinken die Emissionen in China sogar bereits. Der Höhepunkt ist dort überschritten – nicht zuletzt, weil das Land als zweitgrößte Volkswirtschaft der Welt massiv in erneuerbare Energien investiert. Über 40 % aller weltweiten Investitionen in saubere Energie stammen aus China, dort wird inzwischen mehr Photovoltaik-Leistung installiert als im Rest der Welt zusammen.

Ein anderes Beispiel ist Indien: Das Land verfolgt einen weniger stark staatlich gelenkten Ansatz, trägt aber ebenfalls erheblich zum Ausbau erneuerbarer Energien bei. In Pakistan wiederum findet gerade eine regelrechte „solare Revolution“ statt: Durch den Preisverfall chinesischer Solarpanels können sich nun auch Privatpersonen Anlagen leisten. So werden Haushalte mit Strom versorgt, die zuvor aufgrund von Armut oder staatlichem Missmanagement unversorgt blieben.

An diesen Entwicklungen könnten wir uns in Deutschland durchaus ein Beispiel nehmen – statt immer wieder mit dem Finger auf andere zu zeigen. Aber ganz grundsätzlich gilt: Am Ende zählt jedes Gramm CO₂ – ganz gleich, wo es entsteht.

12. „Das jüngste Gutachten der Umweltbehörde...“

Vor einigen Wochen geisterte ein Gutachten der Behörde für Umwelt, Klima, Energie und Agrarwirtschaft (BUKEA) durch die Medien. Das Gutachten spricht von „erheblichen Zusatzanstrengungen“, die für eine Klimaneutralität 2040 erforderlich seien – die Klimaneutralität bis 2040 ist aber grundsätzlich möglich!

Gegner:innen des Volksentscheids verwiesen auf eine andere Stelle im Gutachten, nämlich „die Zunahme sozialer Härten“. Letztere sind laut Gutachten allerdings keinesfalls zwingend, sondern hängen stark von der Ausgestaltung der Maßnahmen ab. Die Schlussfolgerungen des Gutachtens der BUKEA decken sich mit dem Gesetzesvorschlag des Zukunftsentscheids: Es braucht eine soziale Ausgestaltung von Klimaschutzmaßnahmen! Im Gutachten heißt es allerdings ebenfalls, dass die Maßnahmen zur Klimaneutralität 2040 mit „spürbaren Folgen für die Stadtgesellschaft verbunden“ sind.

Auf die Gefahr uns zu wiederholen: Ein frühzeitiger Klimaschutz hat erhebliche soziale Effekte. Haushalte, die erst spät auf klimaneutrale Heizungen umsteigen, werden durch steigende Gaspreise und Gasnetzentgelte (siehe Ausführungen zum Europäischen Zertifikatehandel) in den kommenden Jahren besonders belastet!

13. „Es wurden keine konkreten Klimaschutzmaßnahmen genannt, der Zukunftsentscheid hat die Menschen getäuscht.“

Es ist richtig, dass die Initiative zum Zukunftsentscheid im abgestimmten Gesetzesentwurf keine konkreten Maßnahmen genannt hat. Das ist allerdings nicht auf die Börsartigkeit der Initiative zurückzuführen, sondern auf die verfassungsrechtlichen Vorgaben für Volksentscheide.

Das Budgetrecht muss aus verfassungsrechtlichen Gründen (Gewaltenteilung!) immer beim Parlament liegen – nur der Bundestag oder die Landesparlamente dürfen darüber entscheiden, wie Steuergelder und sonstige Einnahmen verwendet werden. Der konkrete Einsatz finanzieller Mittel kann deshalb niemals Gegenstand eines Volksbegehrens sein!

Zwar gibt es durchaus Maßnahmen, die das parlamentarische Budgetrecht nicht verletzen. Auch hier gibt es jedoch verfassungsrechtliche Hürden. Das Landesverfassungsgericht leitet aus dem Demokratieprinzip das sog. „Kopplungsverbot“ ab – also das Verbot mehrerer Abstimmungsgegenstände, welche materiell in keinem sachlich-inhaltlichen Zusammenhang zueinander stehen. Die Initiative hat sich deshalb bewusst dafür entschieden, nur einen Gesetzesrahmen zur Abstimmung zu stellen – auch um den erheb-

lichen politischen Gestaltungsspielraum nicht zu verengen.

Aber am wichtigsten: Immer wieder versuchen Politiker:innen den Eindruck zu vermitteln, dass Maßnahmen zur Emissionsreduktion nicht bekannt seien (oder gar nicht erst existieren). Das ist falsch! Vorschläge gibt es genug: Der durch die Bürgerschaft eingesetzte Hamburger Klimabeirat veröffentlicht regelmäßig mögliche Maßnahmen. Die Vorschläge des unabhängigen wissenschaftlichen Gremiums finden sich auf dessen Website und werden auch in den Medien regelmäßig aufgegriffen.

14. „Das Ergebnis stärkt die AfD!“

Die Frage, wer aus welchen Motiven die AfD wählt, ist nicht ganz einfach zu beantworten und vor allem nicht auf ein Thema zurückzuführen. Eines ist aber klar: Von allen Wählergruppen sind es die AfD-Wähler:innen, die die größte Angst vor sozialem Abstieg haben. In Westdeutschland wird die AfD vor allem von Menschen mit unterdurchschnittlichem Einkommen gewählt, die in der Industrie arbeiten. Dieser Zusammenhang zwischen Unsicherheit, ökonomischer Schwäche und einer Anfälligkeit für rechte Hetze war bislang auch in unserer Partei hoch umstritten.

Wenn sich im Kontext des Zukunftsentscheid die Erkenntnis durchsetzt, dass die Stärke der AfD etwas mit der sozialen Lage der Menschen im Land zu tun haben könnte, ist das eine (innerparteiliche) Erkenntnis, über die wir uns sehr freuen. Eine vernünftige Sozialpolitik – also eine deutliche Erhöhung der Löhne, ein breiter Ausbau sozialer Sicherungsnetze, eine spürbare Erhöhung des Rentenniveaus, eine Umverteilung von Oben nach Unten – ist der Ausgangspunkt für den Kampf gegen Rechts. Allerdings sollten wir diese soziale Komponente nicht nur im Kontext des Klimaschutzes ins Felde führen!

II. WARUM DAS ERGEBNIS DES ZUKUNFTSENTSCHEIDS RICHTIG IST

Jedes weitere zehntel Grad Erderwärmung verschärft die Klimakatastrophe, welche die Generation unserer Eltern und Großeltern frei nach dem Motto „das Leben ist schön, morgen ist auch noch ein Tag“ trotz eindeutiger Meinung in der Wissenschaftslandschaft seit den späten 1950er Jahren zu wenig bekämpft haben. Die Folgen sind bereits jetzt zu spüren. Die deutsche Wirtschaft ist die drittstärkste der Welt und das mit nur 85 Millionen Menschen. Insofern haben wir als Land offensichtlich die Produktivität, die Ressourcen und vielleicht auch den viel beschworenen Erfinder:innengeist, unseren Anteil zu leisten.

Das Leben in der Stadt ist nur erträglich, wenn es um uns herum erträglich bleibt. Das Leben in der Stadt wird außerdem viel schöner, wenn weniger Platz zum Lagern von Blech und mehr Platz für die Entfaltung der Menschen da ist.

III. WIE WIR DAS ERGEBNIS LESEN (SOLLTEN)!

Nach einem intensiven Wahlkampf von beiden Seiten hat sich eine Mehrheit für einen ambitionierten und vor allem für einen sozialverträglichen Klimaschutz ausgesprochen. Das ist ein Gestaltungsauftrag, der gleichzeitig an diejenigen Parteien ging, die vom Hamburger Wähler mit einer Mehrheit in der Bürgerschaft ausgestattet wurden. Die SPD ist Hamburg-Partei. Sie regiert Hamburg seit 2011 und kann auf breites Vertrauen aus der Bevölkerung zählen. Wer wenn nicht wir, kann einen modernen Klimaschutz mit einer echten Sozialverträglichkeit vereinen? Wer sonst hat sowohl die integrative Kraft als auch das handwerkliche Können dazu? Auf dieses Alleinstellungsmerkmal sollten wir stolz sein. Die Hamburger:innen glauben, der SPD könne es gemeinsam mit den Grünen gelingen, Hamburg bis 2040 sozialverträglich klimaneutral zu machen. Lasst uns diese Herausforderung annehmen und ihnen gemeinsam beweisen, dass sie richtig liegen.